

Antrag

der Abgeordneten Hans-Michael Goldmann, Horst Friedrich (Bayreuth), Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Otto Fricke, Rainer Funke, Dr. Christel Happach-Kasan, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Eberhard Otto (Godern), Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Volker Wissing, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Zu dem Übereinkommen Nr. 185 der Internationalen Arbeitsorganisation über Ausweise für Seeleute und zur vereinfachten Freistellung vom Visumserfordernis

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 19. Juni 2003 hat die Internationale Arbeitskonferenz ohne Gegenstimmen bei wenigen Stimmenthaltungen das Übereinkommen Nr. 185 angenommen, durch das das Übereinkommen Nr. 108 über Personalausweise für Seeleute aus dem Jahr 1958, das von Deutschland nicht ratifiziert worden war, neu gefasst wird. Hauptzweck des neuen Übereinkommens ist die Ausstattung der Seemannsausweise mit zusätzlichen Identitätsmerkmalen, wie biometrischen Daten; hierdurch soll die Sicherheit des berufsbedingten Reiseverkehrs von Seeleuten verbessert werden. Dabei stellt das Übereinkommen hohe Anforderungen an die Fälschungssicherheit und die Überprüfbarkeit der festgehaltenen Angaben, auf deren Realisierung strickt zu achten sein wird.

Geändert wurden gegenüber dem Übereinkommen Nr. 108 ferner Bestimmungen, die die Ein- und Durchreise von Seeleuten betreffen und die der Hauptgrund für die Nichtratifizierung des Übereinkommens durch Deutschland waren. Hierbei stand das Bestreben im Vordergrund, einen Ausgleich zu schaffen zwischen den Interessen der Seeleute, in flexibler Weise und ohne hohe Kosten beim Aufenthalt ihrer Schiffe in Häfen an Land gehen oder zum Erreichen ihrer Schiffe ein- und durchreisen zu können, und den Belangen der für die innere Sicherheit verantwortlichen staatlichen Stellen, eine nicht genügend kontrollierte Einreise von Angehörigen anderer Staaten wegen des damit verbundenen Sicherheitsrisikos zu vermeiden. So ist nach den Bestimmungen des Übereinkommens der Landgang grundsätzlich ohne Visum möglich, während die Durchreise von der Beantragung und Erteilung eines Visums vor der Einreise abhängig gemacht werden kann. Da in deutschen Häfen regelmäßig die Besatzungen dort liegender Schiffe ausgewechselt werden, besteht ein nach Auffassung des Deutschen Bundestages berechtigtes Interesse sowohl der betroffenen Seeleute als auch der Reeder, dass diese Auswechslungen kostengünstig und ohne vermeidbaren Verwaltungsaufwand durchgeführt werden können. Dieses Ziel soll dadurch

erreicht werden, dass wegen der hohen Sicherheitsstandards der Seemannsausweise von dem Erfordernis der Einholung eines Visums vor der Durchreise verzichtet wird.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt

Der Deutsche Bundestag begrüßt das Ergebnis der erfolgreich abgeschlossenen Verhandlungen zur Neufassung des IAO-Übereinkommens Nr. 108 (1958) über Personalausweise für Seeleute und die Annahme des Änderungsübereinkommens Nr. 185 durch die Internationale Arbeitskonferenz ohne Gegenstimmen.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf

Der Deutsche Bundestag hat ein hohes Interesse daran, Reedern und Seeleuten die Erleichterung des Landgangs, der Durchreise und des Schiffwechsels von Seeleuten, wie in Artikel 6 des Übereinkommens Nr. 185 festgeschrieben ist, schnellstmöglich zukommen zu lassen. Deshalb fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, die Ratifizierung des Übereinkommens Nr. 185 zügig zu prüfen und gegebenenfalls die entsprechenden Schritte zur Anpassung innerstaatlicher Rechtsvorschriften zügig einzuleiten.

Berlin, den 5. Mai 2004

Hans-Michael Goldmann
Horst Friedrich (Bayreuth)
Daniel Bahr (Münster)
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Helga Daub
Jörg van Essen
Otto Fricke
Rainer Funke
Dr. Christel Happach-Kasan
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Birgit Homburger
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Eberhard Otto (Godern)
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Max Stadler
Carl-Ludwig Thiele
Jürgen Türk
Dr. Volker Wissing
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion